

Motion FDP (Haas, Flück, Klopfenstein, Moser)

## **Fachvertretung statt Regierungsvertretung**

Der Regierungsrat wird aufgefordert:

- a) Seine Mitglieder geordnet aus den Verwaltungsräten staatsnaher Betriebe zurückzuziehen.
- b) Soweit notwendig und sinnvoll eine anderweitige Vertretung des Kantons in die entsprechenden Verwaltungsräten abzuordnen mit auskunftspflichtigen, fachkundigen Mandatsträgern von innerhalb oder ausserhalb der Verwaltung.
- c) Dem Grossen Rat wenn nötig, entsprechende Gesetzesänderungen vorzulegen.

### **Begründung:**

Die Notwendigkeit von direkten Vertretungen des Regierungsrates in Verwaltungsräten von staatsnahen Betrieben wird zunehmend kritisch betrachtet. In manchen Kantonen verzichtet man vollständig darauf. Zum einen wurden und werden die entsprechenden Honorare und Sitzungsgelder als ungebührliches Zusatzeinkommen zur ordentlichen Regierungsentschädigung empfunden, zum anderen wird auch die notwendige Fachkompetenz oder ideologische Unabhängigkeit bzw. Sachbezogenheit der Regierungsräte in Frage gestellt. Erste Schritte zu einem „Rückzug“ sind denn auch im Kanton Bern bereits erfolgt, indem die Regierung beispielsweise nicht mehr direkten Einsitz in die strategischen Organe der Spitäler, der Gebäudeversicherung oder der Berner Kantonalbank nimmt. Soll auf eine Kantonsvertretung nicht verzichtet werden, so kann diese mit entsprechenden Reporting-Pflichten auch anderweitig sichergestellt werden.

20.01.2014